

»Auslöser war der Krieg in Afghanistan«

Wichtiger denn je: Friedensinitiative vor tausendster Freitagkundgebung. Seit 20 Jahren in Bremen aktiv. Ein Gespräch mit Gerd-Rolf Rosenberger

Angesichts der russischen Militärintervention in der Ukraine und der NATO-Propaganda dazu dürfte Friedensarbeit hierzulande wohl wichtiger denn je sein. Ihre Gruppe kann in diesen Tagen ein wohl einzigartiges Jubiläum begehen. Was feiern Sie konkret?

Unsere Gruppe wird am Freitag der kommenden Woche, also am 4. März, ihre 1.000. Friedenskundgebung durchführen. Seit der Gründung vor mehr als 20 Jahren stehen wir ununterbrochen jede Woche – ob nun die Sonne scheint oder ob es regnet, stürmt oder schneit – freitags um 17 Uhr in der Fußgängerzone



Gerd-Rolf Rosenberger ist einer der Gründer der »Initiative Nordbremser Bürger gegen den Krieg«

Vegesack. Es ist immer derselbe Ablauf, dasselbe Ritual: Moderation, Referat, Gedicht, offenes Mikrofon, Spendensammlung und ein abschließendes Friedenslied. Nur die Personen, die moderieren oder referieren, wechseln. So läuft das seit über 20 Jahren. Es ist nicht eine Kundgebung ausgefallen.

Zum Jubiläum sind Veranstaltungen geplant.

Ja. Am Donnerstag, dem Vorabend unserer 999. Friedenskundgebung, laden wir zu einer Veranstaltung mit dem Schauspieler und Aktivisten Rolf Becker um 18.30 Uhr in der evangelisch-methodistischen Christuskirche Vegesack ein. Er sollte aus Erich Fried lesen. Am 4. März wird Gründungsmitglied Pastor Volker Keller bei der 1.000. Kundgebung sprechen, es werden zwei Friedensgedichte vorgelesen und zwei Friedenslieder gesungen. Danach, um 18.30 Uhr, referiert der Bremer Volkswirtschaftler Professor Wolfgang Elsner in der Christuskirche Vegesack über die Volksrepublik China. **Wie hat es mit Ihrer Initiative angefangen?**

Sie wurde am 30. Oktober 2001 gegründet. Auslöser war der Afghanistan-Krieg. Neun friedensbewegte Menschen taten sich damals zusammen: zwei Mitglieder der SPD, drei von der DKP – dazu zählte ich –, ein Grüner, ein Anarchist und zwei Pastoren. Am 9. November 2001 haben wir in der Fußgängerzone Vegesack unsere erste Friedenskundgebung durchgeführt. Es sollte damals eventuell noch eine zweite geben. Aber dann haben wir einfach weitergemacht, so dass wir kommende Woche tatsächlich die 1.000. Kundgebung abhalten.

Neben den Kundgebungen organisieren wir noch weitere Aktivitäten. So kümmern wir uns um die Reinigung der KZ-Gedenkstätte Bahrsplate in Bremen-Blumenthal und zweier antifaschistischer Wege, die nach in der Nazizeit ermordeten kommunistischen Widerstandskämpfern benannt sind.

Vierteljährlich reinigen wir zu zweit oder dritt 55 Stolpersteine im Zentrum von Bremen-Nord. Seit unserer Gründung haben wir zudem genau 51.388 Euro an Spendengeldern gesammelt, zum Beispiel für Medico International oder für die medizinische Grundversorgung im Gazastreifen.

Auch für Ihre Initiative waren seit

Wochen schon die Vorgänge um die Ukraine und Russland sowie der Umgang der bürgerlichen Medien damit beherrschendes Thema. Wie nahm die Gruppe die Berichterstattung wahr?

Es ist nicht einer in der Gruppe, der die tägliche Kriegshetze in den Medien nicht verurteilt. Ob Radio, Fernsehen oder Zeitung – es ist unglaublich, wie seit Wochen gegen Russland gehetzt wird. Wir versuchen, dem etwas entgegenzusetzen, indem wir bei unseren Kundgebungen und den anschließenden Diskussionen Hintergrundinformationen liefern. Seit Wochen führen wir außerdem dienstags eine Friedensmahnwache in der Fußgängerzone durch. Da haben wir ein großes Transparent mit der Aufschrift »Verflucht sei der Krieg! Völkerefreundschaft und Abrüstung sofort! Frieden mit Russland und China!« dabei. Es fanden dort viele interessante Gespräche statt.

Wie reagierten die Bürgerinnen und Bürger bislang auf das Thema?

Wir sind immer wieder erstaunt, wie ansprechbar die Bevölkerung trotz der medialen Dauerbeschallung für unsere Argumente ist. Nach unserem Eindruck verfährt die äußerste linke und primitive Kriegshetze der bürgerlichen Medien gegen die Russische Föderation und vor allem den russischen Präsidenten Wladimir Putin bei vielen nicht. Diese antirussischen Hasstriraden, wie sie tagtäglich aus Presse, Funk und Fernsehen zu hören sind, die hören wir bei unseren Kundgebungen wirklich wenig.

Interview: Kristian Stemmler



Mehr Mindestlohn gefordert. In Haitis Hauptstadt Port-au-Prince haben am Mittwoch (Ortszeit) Hunderte Menschen für einen höheren Mindestlohn protestiert. Am Montag hatte die Regierung eine Erhöhung des täglichen Mindestlohns in der Textilindustrie von 500 auf 685 Gourde verkündet, nachdem es bereits seit Wochen Proteste gegeben hatte. Die Beschäftigten fordern pro Tag 1.500 Gourde (etwa 13 Euro). Während der Proteste wurde der Journalist Lazard Maximilien von verummten Männern erschossen. Mehrere Medienberichte machten die Polizei dafür verantwortlich. (dpa/AFP/W)

Neue Sanktionen gegen Moskau

EU und ihre Mitglieder verhängen weitere Strafmaßnahmen

Die EU-Staaten haben sich nach dpa-Informationen am Donnerstag auf die Grundzüge des neuen Sanktionspakets gegen Russland verständigt. Laut namentlich nicht genannten EU-Vertretern sollen die Bereiche Energie, Finanzen und Transport getroffen werden. Angedacht sind auch Exportkontrollen für Hightechprodukte und Software sowie Einschränkungen bei der Vergabe von Visa. Ein Ausschluss Russlands aus dem Bankenkommunikationsnetzwerk Swift und Ausfuhrverbote für zum Beispiel Erdgas sind demnach zunächst nicht vorgesehen.

In einer Stellungnahme hatten die 27 EU-Staats- und -Regierungschefs zuvor erklärt, nach der »eklatanten Aggression« wolle man Maßnahmen beschließen, »die Russland für sein Vorgehen massive und schwerwiegende Konsequenzen auferlegen werden«. Am

Abend (nach jW-Redaktionsschluss) sollte es auf einem Krisengipfel dazu eine Einigung geben.

Unterdessen kündigte Großbritannien Premierminister Boris Johnson ebenfalls ein »massives« Sanktionspaket gegen Moskau an. Es würden gemeinsam mit den westlichen Verbündeten harte Strafmaßnahmen vorbereitet. Das »grausame und barbarische Vorgehen von Wladimir Putin« müsse »diplomatisch, politisch, wirtschaftlich und letztlich militärisch scheitern«, so der britische Premier.

Tschechiens Ministerpräsident Petr Fiala wies die Auslandsvertretungen bereits an, die Visavergabe an Russen zu stoppen. Zudem müssten die russischen Konsulate in Karlovy Vary und Brno schließen, so der Premier nach einer Sitzung des nationalen Sicherheitsrats. Lettland verhängte Sendeverbote gegen

drei russische Fernsehsender, wie die zuständige Aufsichtsbehörde mitteilte. Sie stellten eine »Bedrohung für die nationale Sicherheit« dar.

Litauens Staatschef Gitanas Nauseda forderte, dass Sanktionen auch gegen Belarus erlassen werden. Zur Begründung erklärte er, »weil heute vom Territorium dieses Landes aus Aggressionen durchgeführt werden«.

Südkorea will sich ebenfalls an den internationalen Sanktionen gegen Moskau beteiligen. Präsident Moon Jae In sagte, man unterstütze die Bemühungen einschließlich wirtschaftlicher Sanktionen. Das Außenministerium in Seoul präzisierte später, das Land erwäge keine eigenen Strafmaßnahmen, sondern würde sich im Fall einer »vollständigen Invasion« in die Ukraine internationalen Exportkontrollen gegen Russland anschließen. Matthias István Köhler

NACHRICHTEN

Bundeswehr schickt weitere »Eurofighter« nach Rumänien

Berlin. Die Bundeswehr schickt wegen des Kriegs in der Ukraine drei weitere »Eurofighter« zur Luftraumüberwachung nach Rumänien. Wie das Bundesverteidigungsministerium am Donnerstag mitteilte, wird damit der deutsche Einsatz innerhalb des Kriegsbündnisses NATO ausgeweitet. Demnach wurden bisher bereits drei deutsche »Eurofighter« eingesetzt, nun wurden drei weitere nach Rumänien verlegt. Einem Sprecher des Verteidigungsministeriums zufolge kamen die Maschinen bereits an. Der Einsatz werde »voraussichtlich bis Ende März 2022« verlängert, hieß es. (AFP/W)

Rohstoffpreise steigen, Börsen auf Talfahrt

Frankfurt am Main. Der Krieg in der Ukraine hat am Donnerstag weltweit die Preise für Rohstoffe steigen lassen. Ein Barrel (159 Liter) der Nordsee-Ölsorte Brent kostete erstmals seit 2014 mehr als

100 Dollar. Der Aluminiumpreis kletterte auf ein Rekordhoch von 3,388 US-Dollar. Ein Scheffel Weizen kostete mit knapp 935 US-Cent so viel wie seit 2012 nicht mehr. In der BRD warnte etwa der Verband der Chemischen Industrie (VCI) vor »explodierenden Preisen für Erdgas bei einem ohnehin historisch extrem hohen Preisniveau«. Die Börsenkurse fielen weltweit, der Dax erstmals seit fast einem Jahr unter die Marke von 14.000 Punkten. Der russische RTS-Index brach um fast die Hälfte auf 612 Punkte ein. Binnen sechs Handelstagen summieren sich die Verluste dort auf rund 60 Prozent. (dpa/W)

Airbus-Konzern erhält Auftrag für »Eurodrohne«

Manching. Die europäische Beschaffungsagentur Occar hat den Rüstungskonzern Airbus und dessen Partnerfirmen mit der Entwicklung der »Eurodrohne« und dem Bau von 20 Systemen beauftragt. Die Konzerntochter Airbus Defence and Space hat den Vertrag als Generalunternehmer

für sich sowie Dassault Aviation aus Frankreich und Leonardo in Italien unterzeichnet. Das teilte der Konzern am Donnerstag im bayerischen Manching mit. Occar vertritt die vier Erstkunden der Militärdrohne: Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Den Angaben zufolge soll sie auch im Bereich der »inneren Sicherheit« eingesetzt werden können. (dpa/W)

Cum-Ex-Schlüsselfigur Berger an BRD ausgeliefert

Frankfurt am Main. Steuerrechtsanwalt Hanno Berger (71), mutmaßlich eine Schlüsselfigur der illegalen Cum-Ex-Aktiengeschäfte, ist am Donnerstag aus der Schweiz an die deutsche Justiz ausgeliefert worden. Berger wurde Kriminalbeamten des BKA in Konstanz übergeben, wie ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt mitteilte. Der Anwalt wurde umgehend der Wirtschaftsstaatsanwaltschaft am Landgericht Wiesbaden vorgeführt. Die Übergabe wurde auch von der Schweizer Justiz bestätigt. (dpa/W)